BURGERREGLEMENT

Die Burgerversammlung von Bister, Eingesehen die Artikel 69, 75, 80-82 der Kantonsverfassung, Eingesehen den Artikel 22 des Gesetzes vom 28. Juni 1989 über die Burgerschaften,

Auf Antrag des Burgerrates,

beschliesst:

KAPITEL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Das vorliegende Burgerreglement enthält, im Rahmen der Verfassung und der Gesetze, die Bestimmungen über die Verwaltung, Bewirtschaftung und Nutzung des Burgervermögens, sowie die Erteilung der Burgerrechte und die Einburgerungsgebühren.

Artikel 2

Unter Vorbehalt der Befugnisse der Burgerversammlung werden, solange die Burgerversammlung keinen Burgerrat gewählt hat, die Verwaltung und Bewirtschaftung des Burgervermögens dem Munizipalrat übertragen. Der Munizipalrat übernimmt die Aufgaben des Burgerrates. In diesem Fall ernennt die Burgerversammlung zu Beginn der Verwaltungsperiode eine aus drei Burgern zusammengesetzte Kommission.

Diese Kommission wird anlässlich der Erneuerung der Munizipalbehörde bezeichnet. Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung nach dem Majorzsystem. Übersteigt die Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten die Zahl der zu wählenden Mitglieder nicht, so erfolgt die Wahl stillschweigend. Die Kommission bildet sich selbst.

Artikel 3

Sind Burger von Bister, die im Familienregister des Zivilstandsamtes eingetragenen Personen, jene, welche das Gemeindeburgerrecht aufgrund von eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebungen erwerben sowie jene, welche das Burgerrecht aufgrund eines Beschlusses der Burgerversammlung erlangen.

Der Burgerrat führt ein getrenntes Register der Ehrenburger.

Artikel 4

Im vorliegenden Reglement bezeichnet der Begriff Burger die Angehörigen der Burgerschaft von Bister beiden Geschlechtes.

Artikel 5

Bei Ausübung eines Rechts pro Haushalt, wird jeder in Bister wohnsässige Burger mit getrenntem Haus und Herd als Haushalt führender Burger betrachtet.

Der Burgerhaushalt kann Nichtburger einschliessen.

KAPITEL II

Burgervermögen

Artikel 6

Das Vermögen der Burgergemeinde Bister besteht namentlich aus:

- überbauten und nicht überbauten Grundstücken;
- Wäldern;
- Kapitalien und Guthaben;
- allen anderen erworbenen und verfallenen Güter.

Artikel 7

Unter Einhaltung der Gesetzgebung und des vorliegenden Reglementes können diese Güter:

- von der Burgergemeinde selbst bewirtschaftet werden:
- von Drittpersonen bewirtschaftet werden (Pacht, Miete, Verwaltung, usw.);
- den Burgern zur Nutzung überlassen werden.

Der Burgerrat behält jedoch die Oberaufsicht über die Bewirtschaftung und Verwaltung aller von Drittpersonen bewirtschafteten oder zur Nutzung überlassenen Güter.

KAPITEL III

Nutzung des Burgervermögens

Artikel 8

Die Nutzung des Burgervermögens erfolgt durch volljährige Burger und, sofern das Reglement es vorsieht, durch Burgerhaushalte oder durch Kinder.

Artikel 9

Die Nutzung ist vom effektiven Wohnsitz in der Gemeinde abhängig.

Sofern das Reglement die Beteiligung von Nichtburgern erlaubt, sind folgende Prioritäten zu beachten:

- wohnsässige Burger;
- nicht wohnsässige Burger:

- wohnsässige Nichtburger;
- andere Personen.

Artikel 10

Die wohnsässigen Ehrenburger haben Anspruch auf das Burgervermögen.

Artikel 11

Die wohnsässigen Personen, denen aufgrund der Bundesgesetzgebung die Wiedereinbürgerung oder die erleichterte Einbürgerung gewährt wurde, haben Anspruch auf das Burgervermögen.

KAPITEL IV

Naturalleistung

A. Wälder

Artikel 12

Grundsätzlich erfolgt die Bewirtschaftung der Wälder durch die Burgergemeinde allein oder unter Mitwirkung anderer Körperschaften oder anderer Waldbesitzer (Forstrevier).

Die Burgergemeinde tritt den Organisationen bei, welche den Zweck verfolgen, den besten Ertrag aus der Forstwirtschaft zu ziehen.

Die Nutzung und Belastung der Burgerwälder für nichtforstliche Zwecke wie Beweidung (Weidgang), Errichten von Leitungsbaurechten, etc. erfordert das Einvernehmen des Waldeigentümers und einer Bewilligung gemäss der Wald- und Forstgesetzgebung.

Artikel 13

Im Rahmen der forstwirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten der Burgergemeinde kann diese den Burgern unentgeltlich oder zu Vorzugsbedingungen Bau- und Brennholz liefern.

Die Zuwendung von stehendem Verteilungsholz ist nicht gestattet. Das Fällen und Rüsten von Verteilungsholz hat unter Aufsicht des kommunalen Forstdienstes zu erfolgen. Besondere, von der Burgerversammlung genehmigte Bestimmungen, regeln diese Befugnisse, bestimmen die Anspruchsberechtigten und setzen die Bedingungen fest.

KAPITEL V

Barnutzen

Artikel 14

Soweit die finanzielle Lage es erlaubt, kann die Burgergemeinde den Burgern Bargeld zulasten ihres buchhalterischen Überschusses, aus sozialen Gründen oder aus gemeinnützigen Erwägungen, ausschütten.

Die Burgergemeinde kann eine Bargeldleistung reduzieren oder verweigern, wenn der Anspruchsberechtigte bereits im Genusse einer Naturalleistung ist.

Beispiele von Beteiligungen:

- Krankenkasse;
- Ausbildungshilfe (Schulkosten, Stipendien, Studiendarlehen usw.);
- Bescheidene Einkünfte (AHV-Rentner, usw.);
- Unterstützung von Familien mit bescheidenem Einkommen;
- Hilfe für den Bau von Sozialwohnungen;
- Hilfe an die Landwirtschaft:

Um gesetzmässig zu sein, haben die Burgervorschriften:

- der allgemeinen finanziellen Lage der Burgergemeinde Rechnung zu tragen;
- die Zuwendungen nur auf dem buchhalterischen Überschuss zu gewähren;
- der finanziellen Lage der Anspruchsberechtigten Rechnung zu tragen (Zuwendung entsprechend dem Einkommen);

Die systematische Ausschüttung einer gleichen Geldsumme an alle Burger scheint nicht den vom Gesetz festgelegten Bedingungen zu entsprechen.

KAPITEL VI

Erteilung des Burgerrechts

Artikel 15

Das Gesuch um Einburgerung in die Burgergemeinde von Bister muss schriftlich an den Burgerrat gerichtet werden. Der Bewerber muss die für die Erlangung des schweizer- und walliser Burgerrechts in den eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebungen festgelegten Bedingungen erfüllen.

Ausser ausdrücklichem Verzicht, schliesst das Gesuch des Bewerbers dasjenige seines Ehegatten und seiner minderjährigen Kinder ein.

Artikel 16

Damit das Gesuch in Erwägung gezogen werden kann, muss der Bewerber seinen Wohnsitz seit mindestens 5 Jahre auf dem Territorium der Gemeinde Bister haben.

Diese Wohnsitzbedingung ist auf den Ehegatten des Bewerbers und seine minderjährigen Kinder nicht anwendbar.

Artikel 17

Die Burgerversammlung ist allein zuständig zur Erteilung des Burgerrechts.

Sie fasst ihren Entscheid innert der Frist eines Jahres nach der Einreichung des Gesuches, mit oder ohne die vorherige Benachrichtigung des Burgerrates.

Bei Annahme durch die Versammlung sind die Einkaufsgebühren innert der folgenden 30 Tage fällig.

Artikel 18

Die Erteilung des Burgerrechts an Walliser und Miteidgenossen, welche seit 15 Jahren wohnsässig sind, kann ohne triftigen Grund nicht verweigert werden.

Bei Verweigerung kann der Gesuchsteller innert 30 Tagen beim Staatsrat Beschwerde einreichen. Bleiben vorbehalten die durch die Gesetzgebung über Wahlen und Abstimmungen (Gültigkeit der Abstimmung) vorgesehenen Beschwerdefristen.

Artikel 19

Die Einbürgerungsgebühren werden in einem Anhang des vorliegenden Reglementes festgehalten. Sie unterliegen der Genehmigung durch die Burgerversammlung und der Homologierung durch den Staatsrat.

Artikel 20

Auf Antrag des Burgerrates kann die Burgerversammlung an besonders verdienstvolle Personen oder an Personen, welche der Burgergemeinde von Bister hohe Dienste erwiesen haben, das Ehrenburgerrecht verleihen.

Für die Verleihung des Ehrenburgerrechts wird keine Gebühr gefordert.

KAPITEL VII

Schlussbestimmungen

Artikel 21

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Reglementes werden mit Bussen von Fr. 20.00 bis Fr. 500.00 bestraft.

Die Bussen werden vom Burgerrat nach Anhören des Zuwiderhandelnden festgesetzt.

Beschwerdewege- und fristen werden von der spezifischen kantonalen Gesetzgebung geregelt.

Artikel 22

Für die Total- oder Teilrevision des vorliegenden Reglementes ist die Burgerversammlung zuständig.

Bei Beginn jeder Verwaltungsperiode unterbreitet der Burgerrat der Burgerversammlung die Neuanpassung der im vorliegenden Reglement oder seinen Beilagen vorgesehenen Tarife und Gebühren.

Artikel 23

Das vorliegende Reglement tritt nach seiner Homologierung durch den Staatsrat in Kraft. Es hebt alle andern, ihm widersprechenden Vorschriften auf.

EINBURGERUNGS - TARIF

1. Ausländer: a) wohnsässig höchstens Fr. 15'000.00 2. Walliser und Miteidgenossen a) wohnsässig: weniger als 15 Jahr höchstens Fr. 8'000.00 b) wohnsässig: mehr als 15 Jahre höchstens Fr. 5'000.00 3. Ehegatten von Burgern a) wohnsässig höchstens Fr. 2'000.00 4. Volljährige Kinder, Spezialtarif wenn gemeinsamer Haushalt a) wohnsässig höchstens Fr. 2'000.00 5. Minderjährige Kinder a) allein (wohnsässig) höchstens Fr. 2'000.00 b) mit den Eltern (wohnsässig) höchstens Fr. 2'000.00

- 6. Finanzielle Lage
- a) Prüfung von Fall zu Fall durch den Rat im Sinne Reduktion Allgemeinprinzip

So beschlossen und genehmigt durch den Gemeinderat in seiner Sitzung vom ______.

So angenommen von der Urversammlung von Bister am 21. Hai 2000

So in Kraft gesetzt durch den Gemeinderat von Bister an seiner Sitzung vom

GEMEINDE BISTER

Der Präsident:

Burgerschaft
BISTER

Der Schreiber:

Hourslegist vann Stachrot

am 13 November 2002